



**Tickende Zeitbombe:
Die Deponie Wannsee**

NEUER ZEITGEIST

TREND

**Wohlfühlzone
Staatsreparatur**



Lieber Leser,

Menschen sind soziale Wesen. Sie brauchen das Gegenüber, die Familie, die Gruppe.

Schwierig wird es, wenn man sich im besten Deutschland was es je gab, nicht mehr treffen kann oder nur heimlich.

Vereinshäuser die im Zeichen des politischen Aufbruchs stehen, sind rar. Noch rarer in der deutschen Hauptstadt Berlin.

Hier gibt es mit der „Blankenburg“ und der Staatsreparatur nur zwei Landenlokale, die für politische Präsenz, kollegialen Austausch und geschichtliche und politische Bildung sowie ein kulturelles Angebot stehen:

Da zwei Liegenschaften manchem Machtpolitiker zu unübersichtlich erscheinen, gibt es von einigen Protagonisten ein entschlossenes Handeln, um die Staatsreparatur zu liquidieren. Nennt man das parteischädigendes Verhalten?

„Wohlfühlzone Staatsreparatur“ ist der Titel des heutigen Heftes, ohne daß wir viel Aufhebens über die geleistete Arbeit und die Akzeptanz der Lokalität machen.

Mitglieder und Fans aus dem vopolitischen Raum versammeln sich regelmäßig im Jungfernstieg, um sich zu bilden, Filme oder Aufführungen anzuschauen oder die Geselligkeit

Cover: Sommerfest im Jungfernstieg 4 b



Gleichgesinnter zu genießen. Sie können auch Fördermitglied im Verein der „Freunde der Staatsreparatur“ werden oder hinter der Theke oder dem Mischplult beim Gelingen des gemeinnützigen Projekts helfen.

2024 geht die Arbeit in der Staatsreparatur in das achte Jahr.

Seien Sie auf den Wahlpartys dabei, wenn erneut in Deutschland Geschichte geschrieben wird, lernen Sie interessante politische Größen als Gesprächspartner beim „Talk mit Prömm“ kennen. Im November begrüßen wir Olga Petersen, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, und im Dezember einen prominenten Abgeordneten des Brandenburgischen Landtages, Andreas Galau.

Wir freuen uns auf Sie in der Wohlfühlzone für Patrioten und Freiheitsliebende.

Beate Prömm (Stv. Vorsitzende des AfD-Bezirksverb. Steglitz-Zehlendorf)

Spenden für unsere Arbeit ...

Empfänger: Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf
IBAN: DE44 1005 0000 0190 8684 90
BIC: BELADEBEXX Bank: Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: Spende AfD Berlin,
Vorname, Nachname, Straße/Hausnummer, PLZ/Ort

Inhalt

Seite 2 Editorial/Titel/Impressum

Beate Prömm

Seite 3 AfD intern

Nach Magdeburg

Seite 4–5 Geschichte

1948 Sturm auf das Stadthaus

Seite 5–6 Stegitz-Zehlendorf

Zum Öl-Loch geradeaus ...

Seite 7–8 Politik

Anywheres und Somewheres

Seite 8 Gedicht

Wieder frei sein

Seite 9–11 Geschichte

Leipzig 1813

Seite 12 Berlin/Impressum

Kai Wegner/Enteignungen

Seite 13 Berliner Parallelgesellschaft

Wie es wirklich ist

Seite 14 Glosse

Piratenlatein

Seite 15 Politisches Vorfeld

Israel und die Staatsreparatur

Seite 16 Wie kann ich was ändern?

Aufnahmeantrag



Wie nach beinahe jedem ihrer Parteitage ist die AfD auch nach dem von Magdeburg und der anschließenden Europawahlversammlung im Sommer dieses Jahres in ihrer Entwicklung wieder ein Stück vorangekommen. Waren in Riesa im Juni 2022 die bürgerlich wirtschaftsliberalen Kräfte zugunsten konservativer und patriotischer Kandidaten zurückgedrängt worden, so zeigten sich in Magdeburg erstmals Konturen einer zukunftsorientierten, modernen, europäischen Rechtspartei. Bemerkenswert ist dabei zunächst, daß Parteitag wie Europawahlversammlung anders als frühere Veranstaltungen dieser Art weitgehend konfliktfrei über die Bühne gingen, was auch auf eine gewachsene Professionalität der Partei hindeutet.

Auf europäischer Ebene schloß sich die AfD der Dachpartei „Identität und Demokratie“ (ID) an, zu der auch der französische Rassemblement National, die italienische Lega Nord und die österreichische FPÖ gehören. Die AfD besitzt damit in Europa starke Partner, auch im Kampf gegen den von den etablierten Parteien geplanten europäischen Bundesstaat.

Mit dem Dresdener Europaabgeordneten Maximilian Krahn zeigte sich in Magdeburg aber auch ein neuer Stern am politischen Himmel der AfD. Krahn wurde nicht nur zum Spitzenkandidaten für die Europawahl im kommenden Frühjahr gewählt, sondern erwies sich auch als wichtiger Stichwortgeber für die Partei. Für Krahn ist die AfD momen-

tan „die spannendste Rechtspartei in Europa“. Das sei deswegen so, weil die AfD nicht der Tendenz anderer europäischer Rechtsparteien folge, sich durch inhaltliche Mäßigung in Regierungsbeteiligungen einzuschleichen, sondern gerade durch politische Grundsatztreue in Krisenzeiten mehr Wähler anspreche als je zuvor. Auf den Plätzen Zwei und Drei folgen der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Petr Bystron und der junge Thüringer Landtagsabgeordnete René Aust.

Auffällig ist, daß viele der gewähl-



Maximilian Krahn, Spitzenkandidat der AfD für die Wahl des EU-Parlaments

ten Kandidaten noch keine 40 Jahre alt sind, und sich unter den ersten 15 Kandidaten fünf aus den sogenannten Ostverbänden befinden, die bislang nur durch Krahn im Europaparlament vertreten waren. Beobachter führen dies auf den Einfluß eines neuen Netzwerkes jüngerer, machtbewußter und professioneller AfD-Politiker um den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Sebastian Münzenmaier, zurück, das sich nach dem Parteitag

von Riesa gebildet habe und sich nun anschicke, die Protagonisten der Auseinandersetzungen früherer Jahre allmählich abzulösen. Die meisten Mitstreiter Münzenmaiers seien unter 40 Jahre alt, aber sein Netzwerk sei nicht auf die Junge Alternative,

Konsensliste: Lösung oder Problem?

die Jugendorganisation der AfD, beschränkt.

Von den ersten 15 Kandidaten der Europawahlliste sollen zwölf auf einer „Konsensliste“ gestanden haben, die federführend von Münzenmaier und verschiedenen Landesvorsitzenden ausgehandelt worden sei. Dem neuen Netzwerk gehe es vor allem um die Außenwirkung der Partei. Der innerparteiliche Dauerstreit solle beendet und durch Geschlossenheit und Disziplin ersetzt werden. Perspektivisch soll die AfD als „normale“ Partei wahrgenommen werden, ohne sich aber dabei inhaltlich zu verbiegen.

Sieht man die Entwicklung der AfD seit dem Parteitag von Riesa, so ist sie diesem Ziel schon ein ganzes Stück nähergekommen. Auch die Außenwirkung der AfD, die doch vielfach als Partei „der alten, weißen Männer“ geprägt war, kann durch eine Verjüngung von Image und Profil nur gewinnen. Wenn sich die AfD mit qualifiziertem Personal verjüngt, ist dies nur zu begrüßen, und man muß sich um die Zukunft rechter Politik in Deutschland wohl weniger sorgen, als bislang vielfach befürchtet.

M. B





Sturm auf das Stadthaus

Nach der Währungsspaltung Berlins im Juni 1948 (vgl. Trend Mai/Juni 2023) spitzten sich die Gegensätze zwischen Ost und West in der deutschen Hauptstadt weiter zu. Während die von den Sowjets von der Außenwelt abgeschnittenen Westsektoren von Amerikanern und Briten über die Luftbrücke versorgt wurden, nahm in den acht Bezirken des Sowjetsektors der Gleichschaltungsdruck der SED stetig zu. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung versuchten angesichts dessen notdürftig die Einheit der Stadt aufrechtzuerhalten.

Ein besonderes Problem war dabei die Leitung der Berliner Polizei. Deren von den Sowjets im Mai 1945 eingesetzter Präsident Markgraf (SED) weigerte sich, die Dienstaufsicht des Magistrats anzuerkennen und Weisungen anderer Stellen als der sowjetischen Besatzungsmacht entgegenzunehmen. Daraufhin wurde er am 26. Juli 1948 von dem im Magistrat für die Polizeiaufsicht zuständigen Bürgermeister Dr. Friedensburg vom Dienst suspendiert. Zugleich beauftragte Friedensburg Polizeivizepräsident Dr. Johannes

Stumm (SPD) mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Polizeipräsidenten.

Da die Sowjets im Gegensatz zu den Westalliierten die Amtsenthebung Markgrafs nicht anerkannten, mußte Dr. Stumm am 28. Juli den Dienstsitz des Polizeipräsidiiums in den amerikanischen Sektor verlegen, um von hier aus in Übereinstimmung mit den Weisungen des Magistrats die Leitung der Berliner Polizei zu übernehmen. Der amtsentthobene Präsident Markgraf erklärte daraufhin mit sowjetischer Rückendeckung alle seitens des Magistrats und Dr. Stumms getroffenen Maßnahmen für ungesetzlich und behauptete, das rechtmäßige Polizeipräsidium befände sich nach wie vor an seinem bisherigen Dienstsitz im Ostsektor. Damit war aber die Polizei als erste und besonders wichtige Behörde Groß-Berlins gespalten. Die Polizei des Ostsektors fungierte nunmehr ganz offen als Herrschaftsinstrument der SED.

Dies sollte sich entscheidend auf die Tätigkeit der Berliner Stadtverordnetenversammlung auswirken, deren Tagungsort im Neuen Stadt-

haus ja ebenfalls im Ostsektor lag. Das von den Stadtverordneten gegen die Stimmen der SED bereits am 29. Juni 1948 verabschiedete Bannmeilengesetz zum Schutze der Sitzungen, wurde von der sowjetischen Besatzungsmacht ignoriert, die den Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr (SPD) an die deutsche Polizei (des Ostsektors) verwies. Dort folgte man aber weder Weisungen des Magistrats noch Bitten des Stadtverordnetenvorstehers.

Die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 26. August 1948 mußte daraufhin wegen kommunistischer Drohungen abgesagt werden. Nach Bekanntwerden der Vertagung der Sitzung verschafften sich vor dem Stadthaus wartende Demonstranten gewaltsam Zugang in das Gebäude und besetzten den Plenarsaal, wo sie unter Leitung von SED-Funktionären „eine öffentliche Versammlung der Arbeiterklasse“ abhielten. Die auf den 27. August vertagte Sitzung mußte angesichts weiterer kommunistischer Störungen, unter anderem wurde ein Großteil der Stadtverordneten am Betreten des Gebäudes gehindert, nach wenigen Minuten wieder geschlos-



sen werden.

Als am 6. September 1948 ein weiterer Versuch zur Durchführung einer Sitzung gemacht werden sollte, stürmten kommunistische Demonstranten, von der Ost-Polizei ungehindert, das Stadthaus und besetzten den Sitzungssaal, wo sie abermals eine SED-Versammlung abhielten.

Am Abend dieses Tages fand die Stadtverordnetenversammlung dann ungestört erstmals im Studentenhaus am Steinplatz im britischen Sektor statt. Allerdings blieb die SED-Fraktion dem neuen Sitzungs-ort fern, so daß nunmehr auch das Berliner Stadtparlament durch das Verhalten der Kommunisten gespalten war.

Am 9. September 1948 versammelten sich 300.000 Berliner zum Protest gegen die Vorfälle um das Neue Stadthaus vor dem Reichstag. Hier richtete Ernst Reuter seinen berühmten Appell an die „Völker der Welt“: „Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß Ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“ Später, am Abend, antwortete im Rundfunk der Kommentator der „Stimme Amerikas“: „Die Welt hat Euren Ruf gehört, Berliner.“

M.B.



Ernst Reuter am 9. Sept. 1948

Zum Öl-Loch geradeaus und dann rechts



Vor einiger Zeit fuhr ich mal wieder nach Potsdam. Die Route über Wannsee, die Königstraße und über die Glienicker Brücke fährt sich eigentlich ganz angenehm und entspannt, da teilweise schon ein etwas ländlicher und gepflegter Charakter die Straße beidseitig dominiert und dadurch auch etwas von einem gehobenen Lebensstil hat und auch vermittelt

In Höhe der Kreuzung Nikolskoer Weg nach Moorlake und zur Pfaueninsel viel mir auf, daß ich schon ewig lange nichts mehr von der „Müllkippe“ gehört hatte. Heute spricht man lieber vornehm von einer „Müll-Deponie“

In den 70-er Jahren bin ich des Öfteren dort hingefahren. Ich hatte bei einer Malerfirma eine Anstellung als Aushilfe, und bin hin und wieder mit einem LKW voller Abfälle zur „Kippe“ gefahren. Die Ladung bestand meistens und überwiegend aus alten Farbresten, eingetrockneten oder noch flüssigem Lack, leeren Eimern, Abdeckpapier, Tapetenresten, Nitroverdünnung, Terpentin, Pinseln usw.

Alles, was bei einem Malerbetrieb so anfällt, wurde tatsächlich einfach abgekippt.

Bevor man auf die „Kippe“ fahren durfte, mußte man erst am Eingang bezahlen. Der Preis richtete sich nach Kubikmetern. Ein Mitarbeiter der Stadtreinigung hat sich die Ladung dann oberflächlich angeschaut, die Menge grob geschätzt und den Preis genannt. Mit etwas Geschick konnte man auch noch handeln. Den Einzelpreis habe ich vergessen.

Dann kam die Anweisung und der Hinweis: Alles zum Öl-Loch!

Mir kam das gesamte Areal schon damals sehr groß und riesig vor. Gut kann ich mich auch noch an den Gestank erinnern, der über dem ganzen Gelände wie eine Dunstglocke hing, und an die vielen Möwen. Am Öl-Loch angekommen, wurde man wieder eingewiesen, wo man abladen sollte. Je nach Art der Ladung, also ob fest oder flüssig. Natürlich war man nicht allein.

Andere Firmen wollten ihre Materialien ebenfalls loswerden.

Große Tankfahrzeuge pumpten ihre flüssige Ladung auch auf das Deponie-Terrain. Was es für Stoffe waren, konnte man nur erahnen. Wenn es aussah wie schwarzes Altöl, dann war es das wahrscheinlich auch. Schlämme, Industrieabfälle, Chemikalien usw. wurden bestimmt



ebenfalls in großen Mengen ungeprüft entsorgt.

Einmal durfte ich auf ein frisches, sauberes und unbenutztes Bodestück zum Abladen fahren. So glaube ich jedenfalls. Was ich nicht wußte und ahnte war, daß mit einem Radlader nur eine dünne Erd- und Sandschicht über dick- und zähflüssigem schwarzem Schlamm und Öl geschoben worden war. Wenn der Sand dann in der Sonne getrocknet war, sah das alles sehr gut und nach einem festen Untergrund aus.

Das Ergebnis war, daß ich sofort bis zu den Achsen in dem Morast versank und aus eigener Kraft nicht mehr herauskam. Die Räder drehten wie geschmiert durch!

Also ging ich zum Fahrer des Radladers und bat ihn, mich herauszuziehen. Natürlich war der nicht begeistert, und sagte, er hätte keine Zeit. Ein Draht- oder Abschleppseil zum Ziehen hatte ich natürlich auch nicht.

Wer rechnet denn auch mit sowas?

Im Endeffekt konnte ich ihn mit einem ordentlichen Trinkgeld überreden. Ich glaube nicht, daß ich es seinerzeit von der Firma ersetzt bekommen habe.

Später habe ich dann erkannt, daß es ein Geschäftsmodell der Mitarbeiter war. Fortan hatte ich für alle Fälle immer ein kräftiges Stahlseil dabei, was ich mir besorgt hatte. Einmal in die Falle getappt, das hatte meinen Bedarf gedeckt. Damit konnte ich wenigstens einmal einem anderen Opfer das Trinkgeld ersparen und beim rausziehen behilflich sein.

Ironie des Schicksals: Einige Deponie-Besuche später wurde der gleiche Radlader-Fahrer auf eine sehr lustige Art im Slapstick-Stil bestraft.

Beim Hochheben von Fässern mit seiner Schaufel, ging einer der Deckel auf und eine schwarze dicke und fette Pampe aus glänzendem Altöl ergoß sich über die Windschutzscheibe und einem Teil der Fahrerkabine.

Ein Bild für die Götter. Der gelbe Radlader war nun zweifarbig! Das Putzen und Reinigen hat ihm bestimmt viel Freude gemacht. Mich hat es natürlich von ganzem Herzen gefreut.

Der Ölprinz hatte Gerechtigkeit walten lassen!

Schon damals hatte ich mich gefragt, ob das alles so richtig sein kann? Umweltschutz war zwar noch nicht so ausgeprägt wie heute, aber klar war auch, daß das nicht das Gelbe vom Ei war.

Gerade angesichts des laxen Umgangs mit den ganzen angelieferten Materialien und gelagerten Stoffen verschiedenster Art.

Sicherungs- oder Schutzmaßnahmen waren oberflächlich nicht zu erkennen. Vielleicht irgendwo im Untergrund ein bißchen Folie zum Abdichten? Der Griebnitzsee liegt in unmittelbarer Nähe und das Wasserkwerk Wannsee ist auch nicht allzu weit entfernt.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß



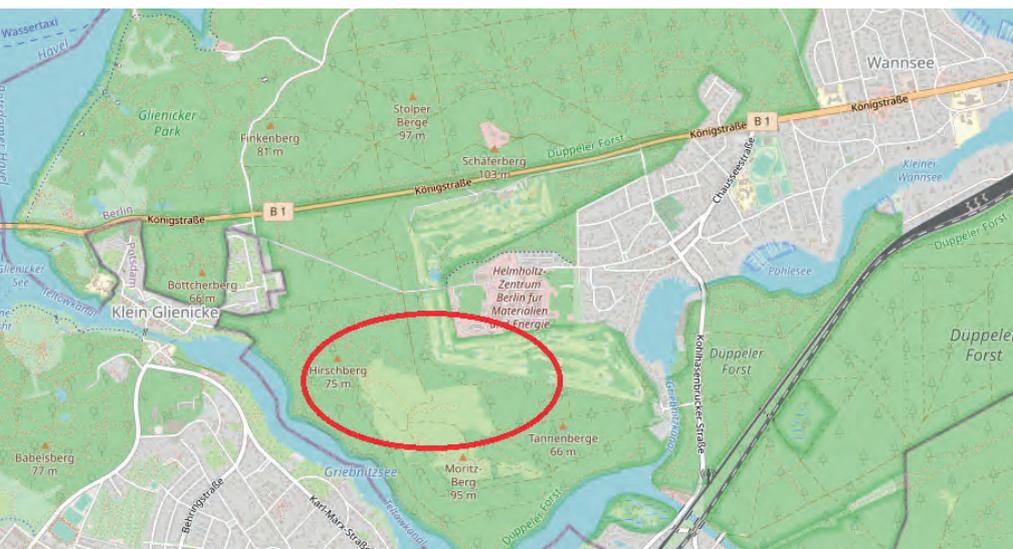
Verdichterverfahrzeug auf Mülldeponie

im Laufe der Jahre die undefinierte hochgiftige chemische Melange nicht irgendwann Auswirkungen auf das Grund- und Trinkwasser haben wird. Man hat wohl das ganze Areal seinerzeit mit Erde abgedeckt, aber wie es tief im Inneren aussieht, möchte ich lieber nicht wissen. Auch nicht, was eine grundlegende Sanierung an Geld kosten würde. Allein schon die Vorstellung an die exorbitanten und horrenden Summen läßt mich erschauern. Hier könnte und müsste man auf „Sondervermögen“ zugreifen, das es eigentlich gar nicht gibt. Eine komplette Sanierung wäre wahrscheinlich eine Jahrhundert-Aufgabe. Dabei muß ich auch sofort an die in der Nord- und Ostsee versenkte Weltkriegs-Munition und chemischen Kampfstoffe denken, incl. den riesigen Mengen an Giftgas, Phosphor usw., an denen der Rost und der Zahn der Zeit kontinuierlich nagen.

Alles tickende Zeitbomben.

Aber solange das Gendern, queeres Denken, Cancel Culture, der Kampf gegen rechts und andere Schlagwörter wichtiger sind, kann es so schlimm nicht sein. Ich bin wahrscheinlich in der woken Blase einer der wenigen ewig Gestrigen, die hier grundlegend andere Prioritäten setzen würden.

Es wird aber der Tag kommen, wo man sich dieser Thematik annehmen muß, ob man will oder nicht. Allerdings nicht mit Klebstoff-Aktionen!



Anywheres und Somewheres

Die englischen Worte „anywhere“ und „somewhere“ bedeuten, oberflächlich ins Deutsche übersetzt, jeweils „irgendwo“. Folgt man aber den Nuancen der englischen Sprache, so ist das eine ein abstraktes „Überall und Nirgendwo“, während das andere ein konkreteres, auch örtlich lokalisierbares „Irgendwo“ beschreibt. Ausgehend von diesen Begrifflichkeiten hat der britische Politikwissenschaftler und Publizist David Goodhart bereits 2017 als erster den kulturellen Gegensatz zwischen den kosmopolitischen, aber auch entwurzelten „Nirgendwos“ (anywheres) und den heimatverbundenen „Dableibern“ (somewheres) herausgearbeitet.

Die „Anywheres“ sind normalerweise gut ausgebildet und mobil. Sie legen großen Wert auf Autonomie, Offenheit und Flexibilität. Ihre „Identität“ basiert auf Bildungs- und Berufserfolgen, was dazu führt, daß sie sich überall selbstsicher und wohl fühlen. „Anywheres“ sind meist Akademiker und wohlhabend. Sie leben in urbanen Milieus, heute in Berlin, morgen in London und übermorgen in Singapur. Sie werden durch Chiffren wie „liberal“, „weltoffen“, „tolerant“ und „progressiv“ beschrieben. „Anywheres“ lieben weder das Land ihrer Herkunft, noch ihr Volk und dessen Geschichte. Auf all das blicken sie voll Verachtung als falsch und überholt herab. Sie leben fast ausschließlich in Großstädten, sprechen flüssig Englisch und wohnen unter ihresgleichen. Für sie ist die globalisierte Welt eine gelebte Realität, etwa wenn sie zum Jobwechsel von einem Land ins andere ziehen. Überall finden sie ein ähnliches Umfeld: Die Appartements, Häuser, Restaurants, Klubs und Geschäfte, alles gleicht einander. Die „Anywheres“

eint ein progressistisches, linkes Weltbild. Sie empfinden sich als gesellschaftliche Avantgarde und prägen derzeit den medialen Mainstream wie auch die herrschende politische Klasse. Tatsächlich machen sie aber nur eine Minderheit von 15 bis maximal 25 Prozent der Bevölkerung aus.

Ihnen stehen die 75 Prozent der heimattreuen oder einfach auch nur heimatgebundenen „Somewheres“ gegenüber. Sie sind stärker verwurzelt und oft weniger gut ausgebildet. Ihnen sind Gruppenzugehörigkeiten,

weil sie dort einfach „gut und gerne leben“ wollen. Zu den „Somewheres“ gehört auch der wirtschaftliche Mittelstand, das ökonomische Rückgrat unseres Landes, der nicht einfach sein Unternehmen nach Indien verlagern kann, um dort besonders billig zu produzieren. Aber natürlich gehören zu den „Somewheres“ auch viele sogenannte einfache Menschen, deren Jobs entweder miserabel bezahlt werden, oder die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Ren-



Vertrautheit und Sicherheit wichtig. Ihre Identität beruht auf ihrer Herkunft und ihrem gewohnten sozialen Umfeld, was dazu führt, daß Veränderungen Ihnen eher Unbehagen bereiten. Anders als die „Anywheres“ besitzen die „Somewheres“ nur eine Heimat, die sie nicht beliebig verlassen können oder wollen, sei es weil sie dort Grund und Boden oder ihr Unternehmen haben, weil ihre Familie und ihre Freunde dort leben, weil dort ihre Sprache gesprochen und ihre Traditionen gepflegt werden,

te leben müssen. Das sind zugleich die Ersten, die ihre Heimat verlieren, weil es ihr Milieu ist, in das die Massenzuwanderung strömt. Gerade diese oft von Armut bedrohten „Somewheres“ können nicht einfach wie irgendwelche „Anywheres“ wegziehen und woanders Golf spielen.

Die globalistischen Eliten der „Anywheres“ sind so von sich selbst und ihrer Rolle als Geburtshelfer einer neuen, besseren Weltgesellschaft überzeugt, daß sie jeder Widerspruch





Robert Sesselmann: Erster AfD-Landrat in Sonneberg/Thüringen

oder gar Widerstand in erbitterte Wut versetzt. Unnachsichtig überziehen sie ihre Gegner mit Denunziation, Stigmatisierung und Ausgrenzung, wobei sie ihre Dominanz in den Medien, den Digitalunternehmen und dem Kulturbetrieb gnadenlos ausnutzen, um Andersdenkende auszuschalten und fertig zu machen. Spätestens hier wird auch der antidemokratische Geist der „Anywheres“ sichtbar, die ihre Agenda ja aus einer Minderheitenposition heraus gegen die übergroße Mehrheit der 75 Prozent „Somewheres“ betreiben und durchsetzen wollen.

Damit erweist sich der Gegensatz von „Anywheres“ und „Somewheres“ als die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts, die weniger durch wirtschaftlich-materielle als vielmehr durch kulturelle Gegensätze gekennzeichnet ist. In dieser Auseinandersetzung ist die AfD die einzige Partei in Deutschland, die die Interessen der 75 Prozent heimatgebundener „Dableiber“ vertritt. Aus Sicht der demokratiefremden, etablierten Eliten ist es also nur allzu verständlich alles zu versuchen, um die „Somewheres“ von der Wahrnehmung ihrer Interessen abzulenken und eine Partei wie die AfD kleinzuhalten und möglichst zu vernichten.

Doch inzwischen lassen sich immer weniger Bürger („Somewheres“) von der durchsichtigen Stigmatisierung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ oder „faschistisch“ beirren. Immer mehr „Somewheres“ beginnen sich stattdessen ihrer Interessen und der Lage in Deutschland bewußt zu werden. Das belegen die Umfragewerte der AfD nicht nur im Osten Deutschlands. Inzwischen haben die Stichwahlen in Sonneberg und Raguhn-Jeßnitz auch erstmals Mehrheiten von jeweils über 50 Prozent für Kandidaten der AfD ergeben. Die Lage der „Somewheres“ erscheint damit nicht mehr so verzweifelt wie noch vor wenigen Jahren. Interessant sind auch Umfrageergebnisse, wonach 15 Prozent der Bevölkerung bei einer Regierungsbeteiligung der AfD auswandern wollen. Das korrespondiert doch auffällig mit dem Bevölkerungsanteil der wenig sesshaften „Anywheres“, die für diesen Fall ihr Glück halt woanders suchen.

M. B.



Könnte d. Nächste sein: Steffen Kotré für LK Dahme-Spreewald

Wieder frei sein

Gibt es ein Land auf dieser Welt, in das man Invasoren bestellt, auf dass man nicht gegen sie streitet, nein sogar ihnen Mahl und Obdach bereitet?

Bereitet ihnen nicht nur Obdach und Mahl, die man lockt ins Land in großer Zahl, man stattet sie aus mit reichem Geld, egal was der Steuerzahler davon hält.

Wenn manche der ins Land geholten Horden vergewaltigen, stechen, stehen und morden, ist das der Regierung einerlei, steht ihnen noch mit Straffreiheit bei.

Seit langem geht es so weiter, Tatsachen machen das Volk nicht gescheiter, mehr und mehr regiert Wahn dieses Land, nur wenige leisten im Ernst Widerstand.

Die wenigen, die dem Wahn widerstehen, werden mit falschen Namen versehen, werden Schwurbler, Leugner und Nazis genannt, von denen die Deutschland fahr'n an die Wand.

Wann sagt dieses Volk: „Es ist genug, wir haben es satt mit eurem Betrug, stecht eure Parolen euch hinten rein, ein freies Volk wollen wir wieder sein.“

Rolf Lindner





Die Befreiung: 19. Oktober 1813 - Erstürmung des Grimmaschen Tores durch ostpreußische Landwehr

Leipzig 1813

Vom 16.–19. Oktober 1813 fand bei Leipzig die Entscheidungsschlacht des antinapoleonischen Befreiungskampfes in Deutschland statt. In der bis dahin größten Schlacht der Weltgeschichte trafen 190.000 Mann französischer und mit diesen verbündeter Truppen auf 335.000 Mann der antinapoleonischen Allianz.

Diese hatte sich zu Beginn des Herbstfeldzuges im August 1813 im schlesischen Trachenberg darauf verständigt, drei Armeen zu bilden, die einzeln jeweils der französischen Hauptmacht ausweichen sollten, bis die beiden anderen im Rücken bzw. den Flanken des Gegners herangerückt waren. Eine Entscheidungsschlacht sollte nur im Zusammenwirken aller drei Ar-

meen gesucht werden. Als Ziel der allgemeinen Offensive wurde Sachsen bestimmt, wo Napoleon seine Truppen konzentriert hatte.

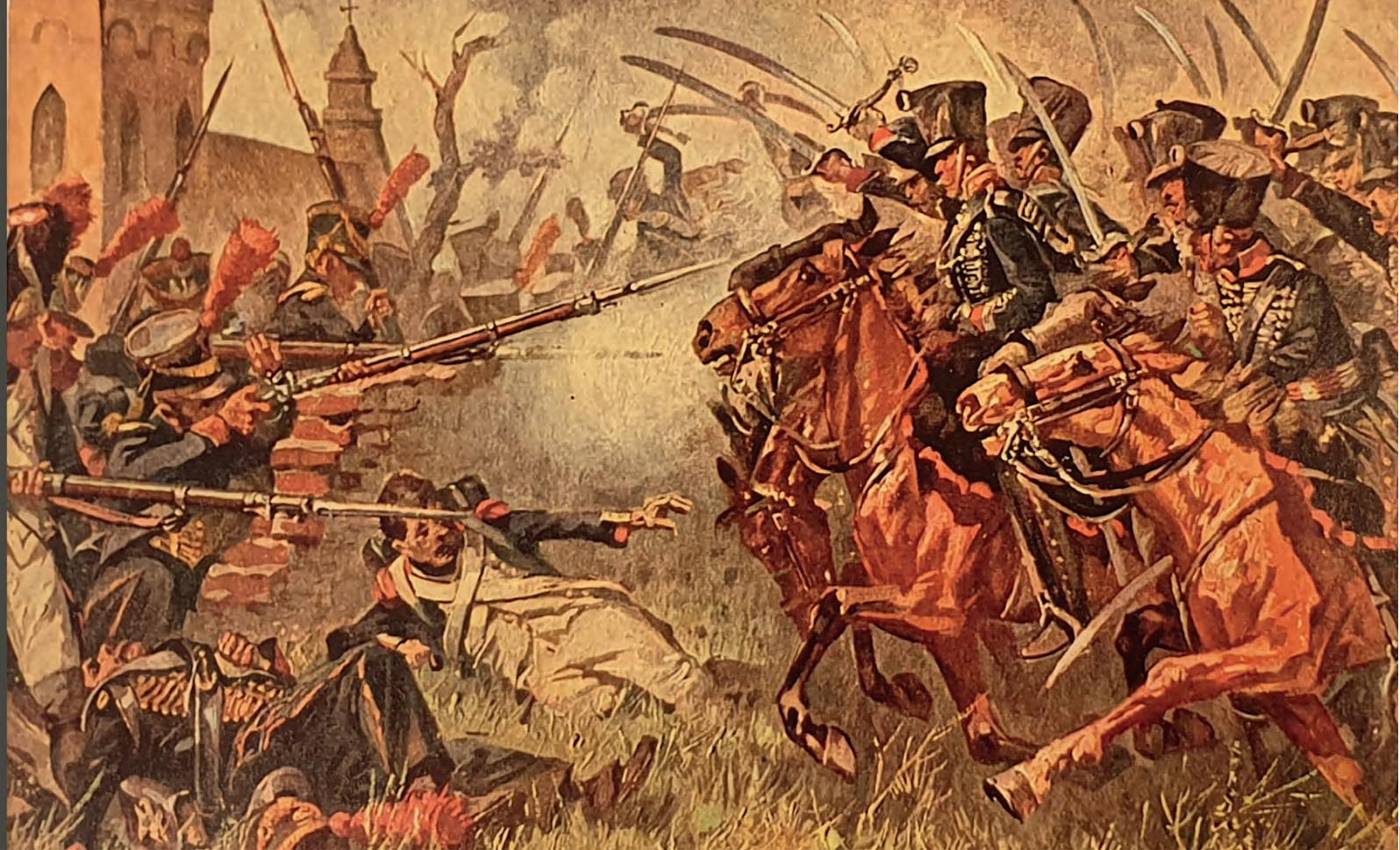
Während Napoleon im August/September 1813 vergebens versuchte, eine der drei alliierten Armeen zur Schlacht zu stellen, rückten die jeweils beiden anderen Armeen der Alliierten auf Sachsen vor.

Einzelne napoleonische Korps wurden dabei angegriffen und in mehreren Schlachten geschlagen.

Der Ring um Napoleon wurde so immer enger. Am 3. Oktober 1813 überquerte die unter dem Oberbefehl des preußischen Marschalls Blücher stehende Schlesische Armee bei Wartenburg südlich von Wittenberg die Elbe. Am 4. Okto-

ber folgte die unter dem Oberbefehl des schwedischen Kronprinzen stehende Nordarmee. Währenddessen entfaltete sich die unter dem Oberbefehl des österreichischen Feldmarschalls Fürst Schwarzenberg stehende Hauptarmee am Nordrand des Erzgebirges und drängte die ihr gegenüberstehenden französischen Kräfte in nordwestlicher Richtung zurück. Am 12. Oktober trafen Vorposten der Hauptarmee bei Merseburg – 25 Kilometer westlich von Leipzig – auf Einheiten der Schlesischen Armee. Die Voraussetzungen für die Entscheidungsschlacht waren gegeben. Napoleon hatte derweil Stellung bei Leipzig bezogen und hoffte von dort aus, jede der drei anrückenden alliierten Armeen doch noch einzeln schlagen zu können. Am 16. Oktober eröff-





Angriff des brandenburgischen Husarenregiments (von rechts) unter Major v. Sohr bei Möckern (nordwestl. Leipzig) 16. Oktober 1813

nete Schwarzenbergs Hauptarmee den Angriff von Süden her, wurde aber von Napoleon zurückgeschlagen, der jedoch nicht nachstoßen konnte, weil er inzwischen von Blüchers Schlesischer Armee von Nordwesten her bei Möckern angegriffen wurde.

Es folgte eine Reihe blutiger Gefechte um die Stadt Leipzig, in deren Verlauf sich die Verbündeten von allen Seiten auf die Stadt zu bewegten, ohne aber letztlich den Ring um Napoleon völlig schließen zu können. Am 18. Oktober liefen die bis dahin auf französischer Seite kämpfenden sächsischen Truppen zu den Verbündeten über. Am Abend dieses Tages war die Schlacht im wesentlichen entschieden, und Napoleon gab den Befehl zum Rückzug.

Den endgültigen Sieg der Verbün-

deten brachte der 19. Oktober mit der Eroberung der Stadt Leipzig, während sich Napoleon mit dem Gros seiner Truppen durch einen schmalen Korridor über die Elsterbrücke bei Lindenau nach Westen zurückzog.

Die Verluste aller beteiligten Armeen waren enorm. Die Verbündeten verloren 54.000 Mann an Gefallenen, die Verluste der Armeen Napoleons betragen 37.000 Mann. Ferner gerieten 30.000 Mann der französischen Nachhut bei Leipzig in Gefangenschaft.

Der Ausgang der Völkerschlacht bei Leipzig zwang Napoleon, Deutschland vollständig zu räumen und sich hinter den Rhein zurückzuziehen. Am 7. November 1813 erreichten die Truppen der Verbündeten den Rhein, den sie in der Neujahrsnacht 1814 bei Kaub über-

schritten, um nach Frankreich einzudringen.

Wohl kein Krieg in der deutschen Geschichte hat eine so positive Überlieferung erfahren wie die

Befreiungskriege der Jahre 1813 bis 1815, denn sie begründen eine freiheitliche Traditionslinie in der Geschichte unseres Landes. Angesichts der Einbeziehung breiter Bevölkerungskreise in das Kriegsgeschehen begründeten die Befreiungskriege das Bewußtsein für die Volkssouveränität und damit für Forderungen nach Nationalstaatlichkeit und politischen Mitwirkungsrechten im Sinne des Liberalismus und Konstitutionalismus. Von den Farben der Lützower Jäger über die Jenenser Urburschenschaft und das Wartburgfest bis zu den schwarz-rot-goldenen Fahnen beim Hambacher Fest und bei der Revolution von 1848 zieht sich eine bruchlose Traditionslinie, auf die sich auch das heutige Deutschland berufen könnte.

Aber dem heutigen entnationali-



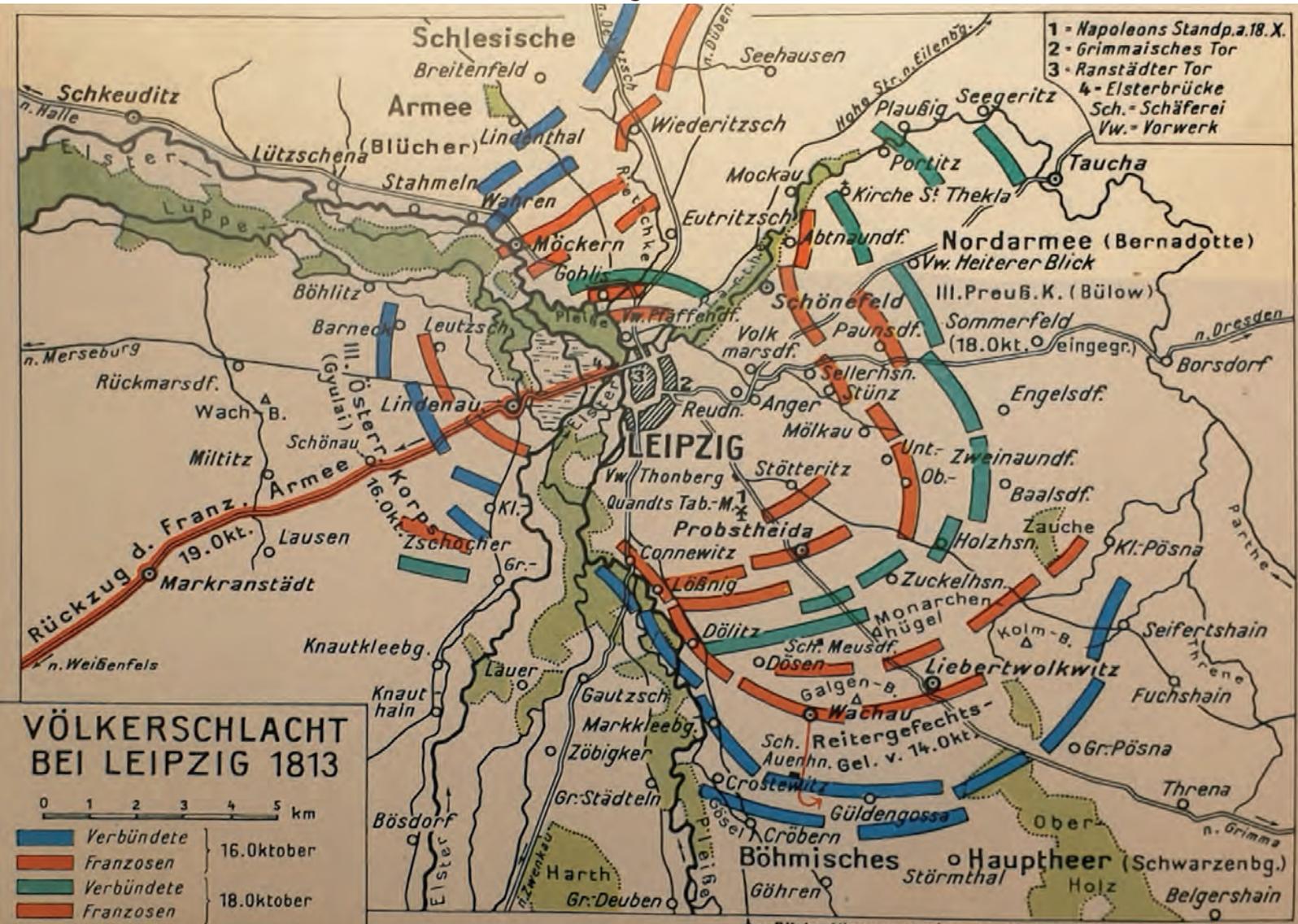
sierten, von geschichts- und heimatlosen Anywheres beherrschten Deutschland bedeuten vor dem Hintergrund der NS-Vergangenheit und des europäischen Einigungsprozesses die Ereignisse des Jahres 1813 nichts mehr. Hier halten die herrschenden, sogenannten „Eliten“ stattdessen inzwischen alles Nationale für falsch und möchten es als schädlich und überholt entsorgen.

Es ist an der Zeit, daß sich die eingesessenen Somewheres ihrer demokratischen Mehrheit erinnern und einen Politikwechsel bewirken, der auch wieder ein positives deutsches Geschichtsbild in den Vordergrund rückt.

Matthias Bath



Verführte Sprengung der Elsterbrücke durch französischen Pionier schneidet Tausende Franzosen und deren Verbündete ab. Durch anhaltenden Regen ward das Flüsschen zum reißenden Strom.



Kai aus der Palästina-Kiste

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, erklärte im Berliner Abgeordnetenhaus: „Wer Terror rechtfertigt, verharmlost, relativiert oder gar verherrlicht, der gehört nicht zu unserem Berlin“.

Das hört sich gut an. Aber was sind diese Worte tatsächlich Wert? Nicht alle Moslems sind Israel-Hasser, aber die meisten Israel-Hasser sind Moslems. Unlängst griffen zwei Schüler des Ernst-Abbe-Gymnasiums einen Lehrer an, der sie aufforderte eine Palästinenser-Fahne zu entfernen, die einer von ihnen zur Schau gestellt hatte. In dem Handgemenge erhielt einer der Schüler von dem Lehrer eine Ohrfeige. Die Elternvertreterin Frau M. El-Houschi behauptet nun: „Der Schüler befand sich in Notwehr.“ Durchaus kein Einzelfall. Frau M. El-Houschi beklagt: „Der Lehrer hat vor zwei Wochen eine Schülerin weinend aus der

Klasse rausgeworfen, die eine Halskette mit der Palästina-Flagge trug“. Gegen den mutigen Lehrer läuft nun ein Disziplinarverfahren. Eine verkehrte Welt. Warum duldet Herr Wegner das? Frau M. El-Houschi und ihresgleichen, die beiden pro palästinensischen Schüler und ihre Gesinnungsgenossen sind weiter auf dem Ernst-Abbe-Gymnasium. Warum werden sie nicht abgeschoben?

Die Behauptung einer „gelingenen Integration“ ist hier mehr als lächerlich. Berlin und Herr Wegner müssen sich entscheiden: reale Solidarität mit Israel oder weiter das, was der CSU-Bundestagsabgeordnete Alexander Dobrindt zu Recht als „importierten Antisemitismus und Hass auf Israel“ gezeichnet hat. In Berlin demonstrieren die Israel-Hasser weiter ungeniert. Warum nimmt die Polizei nicht

die Namen aller daran beteiligten Personen auf? Warum fliegen diese „kulturellen Bereicherungen“ nicht achtkantig aus Deutschland raus? So lange in dieser Richtung in Berlin nichts passiert, kann sich Wegner seine Worte sparen. Ein Antrag auf Verbot der Hamas nahestehenden Gruppen wie der Samidoun lehnte das Abgeordnetenhaus ab? Warum?

Der Antrag kam von der AfD.

KG



Weniger Applaus für Enteignungen

Am 26. September 2021 hatten die Befürworter von Wohnungsenteignungen in Berlin bei dem Volksentscheid mit 56,4% Zustimmung ihren Zenit überschritten.

Die Berliner Politik zeigte anschließend nur wenig Neigung diesen Blödsinn in Gesetzesform zu gießen. Aus gutem Grund, denn die Wohnungsnot wird durch Enteignung nicht behoben sondern nur durch Neubauten und durch nachhaltige Reduzierung der Nachfrage indem die unberechtigt im Lande befindlichen Asylforderer endlich außer Landes geschafft werden. Zwei Jahre nach dem Volksentscheid hat die Initiative „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ einen zweiten Anlauf zur Vergesellschaftung großer

Wohnungsunternehmen begonnen. Jetzt will sie die Berlinerinnen und Berliner gleich über ein-Gesetz abstimmen lassen. Aber daraus dürfte nichts werden, denn der Wind hat sich inzwischen gedreht. Umfragen zeigen, dass nunmehr nur noch 47 % Enteignungen wollen und 44 % dagegen sind. Die Euphorie der Enteignungsbegeisterten ist geringer geworden. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) äußerte vor Jahresfrist seine Vorbehalte gegen die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften: „Die Illusion zu verbreiten, daß man es bei einer wachsenden Bevölkerung mit heute völlig veränderten Lebensverhältnissen schaffen könnte, ohne neue Wohnungen zu bauen, die hohe Nachfrage zu decken, halte

ich für unverantwortlich.“ Das führte zu einem Wutgeheul der LINKEN. Die glauben offenbar, dass sie mit diesem Wahlschlag ihre Talfahrt aufhalten können. CDU, AfD und FDP sind ohnehin gegen Enteignungen und die Berliner SPD – freiwillig oder unfreiwillig – auch. Die Grünen haben zur Zeit andere Sorgen. So könnte ein weiteres – diesmal gescheitertes - Volksbegehren vielleicht sogar dazu beitragen, dieses Thema endgültig zu beerdigen.

KG

Impressum

Adresse: AfD Bezirksverband
Steglitz-Zehendorf
Postfach 450109
12171 Berlin
Email: vorstand@afd-sz.de





Es gibt Tage, an denen hält man das besser aus, an diesem fällt es mir schwer. Alltägliches Geschehen in einer Brennpunktgrundschule in Moabit mit 95 % Migrationshintergrund. Im Kunstraum nebenan höre ich, wie oft, wie eine Horde von Fünftklässlern den Raum stürmt. Es wird gekreischt, beschimpft, sich beschwert, laut gerülpst und geklatscht, gebrüllt. „Fick Deine Mutter!“ und „Der Hurensohn hat meine Mutter beleidigt, Hund!“ gehören ja unter den Schülern zum normalen Sprachgebrauch.

Der äußerst gutmütige Kollege kommt dazu und redet freundlich und bestimmt mit den Schülern. Er ist noch keine vierzig, hat also noch ganz brauchbare Nerven und glaubt an das Gute im Menschen. Ein Anschreien eines Schülers käme für meinen Kollegen nie in Frage. Die Lautstärke und die Energie im Kunstraum sind kaum auszuhalten. Als das Ende der Stunde naht, soll aufgeräumt werden. Nach der dritten Aufforderung nun aufzuräumen, ruft eine Schülerin laut: „Das sagst Du jetzt nur, weil Deine Frau Dich verlassen hat.“ Für einen Moment ist die Klasse still. Sind die Kinder betroffen? Ich bin es auf jeden Fall; mein Kollege hat eine sehr schwere Zeit, seine Frau hat ihn mit drei recht

kleinen Kindern sitzengelassen. Auf meinem 12-Minuten-Weg zur U Bahn Turnstraße achte ich heute besonders darauf, welche Menschen mir begegnen. Wie viele Deutsche sehe ich? Wie viele respektvolle Gesichter? Es ist großes Treiben auf der Straße. Viele Läden sind in türkischer oder arabischer Hand, die sich sehr geschäftig auf dem Bürgersteig ausbreiten. Von rechts schießt plötzlich eine Gruppe junger arabischer Männern auf die Straße, die in ihrer Vielzahl in mir nicht nur ein Erschrecken auslösen, sondern auch ein Gefühl der Bedrohung.



Viele gewand- und kopftuchtragende Frauen mit Kinderwagen passieren wie ich den Gehweg. Selbstverständlich mache ich Platz. Niemand bedankt sich dafür. Eine breite Frau geht ebenfalls in die Lücke, die ich lasse und macht sich extrabreit. Ich stelle fest, daß ich auf dem gesamten Weg nicht einen einzigen deutschen Menschen treffe. In der U-Bahn sitzend, fällt mir in diesem Zusammenhang folgendes Erlebnis ein, das mir in der Bedeutsamkeit gerade erst hochkommt: Ein arabisches, kopftuchtragen-

des Mädchen aus der dritten Klasse ist mir zugeteilt worden, da sie gemeinsam mit drei weiteren arabischen Mädchen den Unterricht einer Kollegin durch massives Stören sprengt. Warum sie denn in diesem Unterricht besonders Schwierigkeiten habe, frage ich sie. „Ich kann die Lehrerin nicht leiden“, antwortet das Mädchen. Auf die Frage, was denn mit der Lehrerin sei, antwortet sie: „Ich weiß nicht, ich mag halt die Deutschen nicht.“ Sie lächelt. Ob ihr klar sei, daß ich ja auch eine Deutsche bin, frage ich. Das Mädchen zuckt mit den Schultern: „Egal.“

Wie es denn zu solch einer Äußerung käme und ob in ihrem Zuhause so gesprochen würde, frage ich. Sie zuckt erneut die Schultern: „Ist doch egal - geht dich auch garnichts an!“ Ich sage, daß ich das ein bisschen anders sähe und schlage dem Mädchen vor, einmal darüber nachzudenken,

ob sie dann nicht lieber in ein Land gehen solle, wo sie die Menschen mag, und deren Regeln sie akzeptieren kann, damit man in Ruhe und Respekt miteinander leben kann. Daraufhin antwortet das Mädchen: „Die DEUTSCHEN können doch weg gehen, die brauchen wir hier nicht!“ „Wir sollten mit Deinen Eltern gemeinsam mal darüber reden“, höre ich mich sagen mit der Gewissheit, daß es nichts bringt - außer noch mehr Respektlosigkeit.

Nike P.

Nike P. ist Schulsozialarbeiterin einer Schule in Berlin-Mitte





Ich habe ein paar Sachen bei Aldi eingekauft und packe sie ein. Der Kunde hinter mir, eine lange, blasse Gestalt mit einem Pferdeschwanz, trägt ein T-Shirt mit dem Aufdruck: „Seenotrettung ist nicht illegal“. Das Statement ist fast zu lang für seine schmale Brust.

„Schweigen ist Gold“, denke ich. Aber mein Alter Ego siegt, ich kann mir einen Kommentar nicht verkneifen. „Entschuldigung“, sage ich, „was Ihr T-Shirt da angeht: Kennen Sie eigentlich das Solas-Abkommen?“. Er schaut zu mir rüber und verneint.

„Das ist das Seenotrettungsabkommen für den globalen Schiffsverkehr. Es ist ein Teil des Völkerrechts. Sie finden es unter „IMO“, der International Maritime Organisation“, kläre ich ihn auf.

„Kenne ich nicht“, kommt es knapp. „Dachte ich mir“, erwidere ich ebenso knapp, „sonst würden Sie nicht mit dem Spruch rumlaufen“.

Er schaut mich fragend, aber nicht unfreundlich an. „Man kann doch die Menschen nicht einfach ertrinken lassen“, sagt er.

„Natürlich nicht! Die Vorschrift lautet, dass Personen, die in Seenot geraten sind, zwingend an Bord genommen werden müssen, ABER dann zum nächsten sicheren Hafen gebracht werden müssen. Wer also kurz hinter der Wirtschaftszone von z. B. Tunesien auf See angetroffen

wird, wird damit auch wieder in Tunesien landen, wenn das Gesetz befolgt wird.“

Er sieht nun weniger selbstbewusst aus, und scheint nachzudenken.

„Woher wissen Sie das?“, fragt er.

„Mußte ich lernen, als ich 1974 in Rotterdam an der Schiffahrtshochschule die Offiziersprüfung abgelegt habe. Ich bin Offizier der Niederländischen Handelsmarine“, antworte ich. Ich gendere bewusst nicht. Das irritiert ihn sichtbar. Offensichtlich glaubt er mir nicht, wie so oft, wenn ich die Wahrheit und nichts als die Wahrheit spreche.

„Und was machen Sie so?“, frage ich.

„Ich arbeite in der Forschung. Vorher war ich in der Politik, war Abgeordneter der Piraten“.

„Piraten?“, hake ich nach. „Von denen habe ich lange nichts gehört. Was ist eigentlich geworden aus dem Typen, der die Leiche im Koffer durch ganz Berlin geschleppt hat?“

Er überhört die Frage und weicht aus: „Das Problem ist die „Festung Europa“, sagt er. „Die Italiener schieben die Boote aufs offene Meer zurück, und das geht gar nicht“.

„Sicher geht das“, korrigiere ich ihn. „Die Italiener nehmen Ihre Rechte wahr. Wer in die Territorialgewässer einfahren möchte, muss sich mit Schiffskennung beim Zoll anmelden und die Ladung deklarieren. Wenn ein Kapitän da 400

schwarze Männer anmeldet, wohlge-merkt ohne Ausweispapiere, dann würde ich als italienische Hafenbehörde auch die Küstenwache alarmieren“. Ich würde vermutlich die Hafeneinfahrt verminen, aber das sage ich mal lieber nicht.

Er starrt mich an.

„Wissen Sie, was gar nicht geht?“, fahre ich fort, „Daß wir die Italiener nicht unterstützt haben, als Lampedusa von Afrikanern überflutet wurde. Wir haben einfach weggeschaut. Erst als sie 2015 beim Lageso auf der Matte standen, zusammen mit den Flüchtlingen aus Syrien und Nahost, erst da hat Deutschland das Problem erkannt. Zu spät, wie so oft“.

„Wie reden Sie denn?“, kommt es vorwurfsvoll, „überflutet“... Das sind doch Menschen, die in Not sind.“

„Na ja“, sage ich, „wenn ich mich im Schlauchboot, das gerade mal wannsee-tauglich ist, aufs Mittelmeer begeben, mit Treibstoff für 40 Seemeilen anstatt für 450, dann ist es zu erwarten, dass ich in Not gerate. Dafür kann ich dann aber nicht Deutschland oder Europa verantwortlich machen. Und aufnehmen können wir auch nicht halb Afrika. Es fehlen 100.000 Lehrer, und Wohnungen gibt es weit und breit keine mehr, außer wenn die sogenannte Regierung bald die Rentner enteignet“.

„Alle große Kulturen gehen irgendwann unter“, sagt er nun schon fast philosophisch. „So wie die Maya. Die haben die Bäume abgeholzt, bis sie schließlich sieben Kilometer laufen mussten für Brennholz, und dann haben sie das Gebiet verlassen“.

„Ich habe aber weder Lust unterzugehen, noch meine Heimat zu verlassen“, sage ich. Ich bin dafür, dass wir die Bevölkerungsexplosion in Afrika mal in Angriff nehmen. Denn da liegt die Hauptursache des Problems“.

„Afrika kann vier Milliarden Menschen locker ernähren“, belehrt er mich.

„Und dann?“, frage ich. „Bei deren Fortpflanzungsrate haben sie das in 30 Jah-



Israel und die Staatsreparatur

ren erreicht. Und was kommt dann?“

„Dann kommen die eben zu uns, wir sind ein reiches Land“. Ich bekomme bald einen Nackenkrampf vom ständigen Hochschauen. Der Typ ist wirklich lang. „So lang wie blöd“, denke ich, obwohl ich feststelle, dass er durchaus über ein bestimmtes Wissen verfügt.

„Wir sind bis zum Anschlag verschuldet, und die Wirtschaft liegt darnieder“, sage ich. „Habeck wird bestimmt auch noch die letzten Firmen verscheuchen oder in den Bankrott treiben. Und unsere Schulabgänger sind nur noch unteres Mittelmaß, die werden den Karren nicht aus dem Schlamm ziehen. Und dann reden Sie von einem „reichen Land?“

„Alle Länder haben Schulden. Die Amerikaner können oft die Gehälter nicht auszahlen, weil die Staaten kein Bargeld mehr haben“, gibt er zu bedenken.

„Dann sollten wir erst recht zurück zur freien Marktwirtschaft, und die ganzen Lobbyisten, die in Brüssel und Berlin mitmischen, rausschmeißen.“

„Das wäre gut“, kommt es, „der Dieselmotor ist ein Auslaufmodell, den gibt es nur noch, weil die Autolobby dahintersteckt.“

„Aber nicht doch“, erwidere ich, „die Autoindustrie ist unsere wichtigste Industrie. Davon leben wir. Da würde ich eher bei den Pharmedikern anfangen. Biontech hat an den Coronaimpfungen siebzehn Milliarden verdient und überall Politiker bestochen. Denen würde ich das Handwerk legen.“

„Milliarden verdient?“, fragt er erstaunt. „Das kann nicht sein. Nee, nee, ganz bestimmt nicht. Die Impfung war gratis. Ich habe mich vier mal impfen lassen, und ich habe gar nichts bezahlt ...“



Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israelis, die in Grenznähe zum Gazastreifen lebten oder sich dort zu einer Popveranstaltung getroffen hatten, herrschte in Deutschland große Verunsicherung. Zwar sei Solidarität mit Israel „Staatsräson“, aber fast sofort hörte man auch Stimmen, man müsse beide Seiten sehen ...

Bei einem Massenmord an über 1000 Zivilisten fällt es schwer zu verstehen, warum Zeitgenossen glauben, die Seite der Täter mit gleicher Aufmerksamkeit wie die der Ermordeten und entführten Zivilisten zu sehen.

Aber auch im patriotischen Umfeld waren diese Stimmen zu hören. Da tat die Rede von Alexander Gauland im Bundestag gut, der auf die Lippenbekenntnisse der Kartellparteien hinwies. Wie kann man die Hamas



Alexander Gauland (AfD) am 12. Okt. 2023 im Bundestag

durch angeblich humanitäre Hilfen zum Waffengang gegen Israel befähigen?

In der deutschen Öffentlichkeit, an der es an Sympathiebekundungen für die Ukraine nach dem russischen Angriff durch Zeigen der blau-gelben Nationalflagge nicht mangelte, zeigten sich die Fahnen mit dem Davidstern nur vereinzelt an öffentlichen Gebäuden.

„Zeichen setzen“ scheint für viele nur dann eine Option zu sein, in der man selbst keinerlei Folgen zu erwarten hat.

In der Nachbarschaft der Bezirksgeschäftsstelle fand man jedoch in den letzten Tagen häufiger die Fahne des jüdischen Staates gehißt.

Israel ist der Westen im Orient. Angriffe archaisch-religiöser Eiferer auf Israel sind ein Angriff auf den Westen. Sie sind ein Angriff auf uns.

Die Allahu-Akbar-Rufe in der Sonnenallee und anderswo sprechen nicht für eine gelungene Intergration, sondern für eine gelungene Landnahme.

Im Filmclub zeigen wir im November drei jüdische Filme. Am 18.11. um 19.00 Uhr tritt Helus Hercygyier in der Staatsreparatur auf. Der Titel seines Programms: „Zwischen Ghetto und Faschismus“.

AW



Per Brief an AfD BV Steglitz-Zehlendorf, Postfach 450109,12171 Berlin, geht auch ohne Lastschrifeinzug. Wir laden Sie umgehend zum Aufnahmegespräch ein, bitte telefonische Erreichbarkeit und Emailadresse angeben, sofern vorhanden. Wir freuen uns auf Sie! Rückfragen: vorstand@afd-sz.de, Bürozeit: Mi. 12.00 -17.00 u. Do. 15.00-17.00 Uhr, Tel.: 030-209677551

Aufnahmeantrag für Neumitglieder

www.afd.de/aufnahmeantrag



Ich beantrage die Aufnahme als Mitglied in die Alternative für Deutschland (AfD).

Ich erkenne die politischen Grundsätze und die Satzung der Partei an (www.afd.de/satzung). Zu den politischen Grundsätzen der Partei zählen insbesondere das Bekenntnis zum freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat sowie die Bejahung der Grundrechte (www.afd.de/grundsatzprogramm). Für die Aufnahme in die AfD sind die Regelungen der Bundessatzung maßgebend.

Akt. Titel*	<input type="radio"/> = <input type="radio"/> m.	Nachname:	_____
Vorname:	_____	geb. Name:	_____
Straße, Nr.:	_____	PLZ, Wohnort:	_____
Staat:	_____	Staatsangehörigkeit:	_____
Bundesland:	_____	Kreis/Bezirk:	_____
Telefon*:	_____	Mobil:	_____
E-Mail:	_____	Beruf/Tätigkeit:	_____

Haben Sie schon einmal einen Aufnahmeantrag gestellt? Ja, im Landesverband Nein

Frühere und gegenwärtige Mitgliedschaften in Parteien und sonstigen politischen Gruppierungen

Bitte nennen Sie alle Mitgliedschaften in einer Partei und/oder einer sonstigen politischen Gruppierung (von / bis zu / Mitgliedschaft):

Hinweis: Personen, die Mitglied einer extremistischen Organisation sind, können nicht Mitglied der AfD sein. Als extremistisch gelten insbesondere solche Organisationen, welche in einer vom Bundesvorstand beschlossenen Unvereinbarkeitsliste aufgeführt sind (www.afd.de/unvereinbar). Mit meiner Unterschrift bestätige ich, die Unvereinbarkeitsliste zur Kenntnis genommen zu haben.

Mitgliedsbeitrag

Der Mindestmitgliedsbeitrag beträgt 120 Euro pro Kalenderjahr. In besonderen sozialen Härtefällen kann eine Reduzierung des Mindestmitgliedsbeitrages beantragt und vom zuständigen Kreisvorsitzenden sowie Kreischatzmeister bestätigt werden. Die Partei empfiehlt ihren Mitgliedern, den tatsächlichen Mitgliedsbeitrag dem eigenen Einkommensverhältnissen entsprechend höher als den Mindestbeitrag anzusetzen (Nichtwert für den Monatsbeitrag: 1% des monatlichen Nettolohnsminimales).

Ich wähle einen Einzahlungsweg von _____ EUR monatlich / halbjährlich/ vierteljährlich von _____ EUR

Ich wähle die folgende Zahlungsweise: per Kto per Überweisung (IBAN) per Lastschrift (IBAN) per Kto (IBAN)

Hinweis: Zuwendungen an Parteien (Spenden und Mitgliedsbeiträge) sind steuerlich begünstigt (§ 34g EStG).

Bitte senden Sie Ihren Antrag entweder an die für Sie zuständige Landesgeschäftsstelle (www.afd.de/partner/landesverbände) oder an die Bundesgeschäftsstelle, Schillerstr. 9, 10785 Berlin (E-Mail: mitglied@afd.de). Vor der Aufnahmeentscheidung wird vom aufzunehmenden Verband ein persönliches Gespräch mit Ihnen geführt, bei dem die Beteiligten anwesend sein müssen. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand des Kreisverbands, in dem Sie Ihren Hauptwohnsitz haben (in den Landesverbänden Berlin und Hamburg jedoch Bezirks- anstelle der Kreisverbände; die Landesatzungen können die zuständige Gliederungsebene abweichend regeln. Stimmt der Vorstand, das für Sie zuständigen Gebietsverbände dem Aufnahmeantrag zu, teilt er dies den übergeordneten Gebietsverbänden und der Landespartei mit. Diese können binnen eines Monats der Aufnahme widersprechen. Ist nach Ablauf eines Monats bei der Bundesgeschäftsstelle kein Widerspruch eingegangen, wird Ihnen sowie dem aufzunehmenden Kreisverband die Aufnahme bestätigt. Die Mitgliedschaft beginnt unabhängig vom tatsächlichen Zugang der Annahmeerklärung am fünften auf die Versendung der Annahmeerklärung folgenden Tag.

Ich versichere, dass alle von mir gemachten Angaben wahrheitsgemäß und vollständig sind.

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

SEPA-Lastschriftmandat*

Ich ermächtige die Alternative für Deutschland (AfD), die zu entrichtenden Beiträge und ggf. die einmalige Aufnahmegebühr von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Bankinstitut an, die von der AfD auf mein Konto gezogenen Lastschriften freizustellen. Ich bestätige mir innerhalb von acht Wochen, beginnend mit Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages vorzugeben. Es gelten dabei die mit meinem Bankinstitut vereinbarten Bedingungen. (Gültiger ID und Mandatsreferenz werden separat mitgeteilt)

Kontoinhaber:	Bankinstitut:	_____
Straße, Nr.:	IBAN:	_____
PLZ, Wohnort:	BIC:	_____
Ort, Datum:	Unterschrift:	_____

Ihre hier angegebenen Daten werden zum Zwecke der Parteiarbeit erhoben, verarbeitet und verwendet – weshalb keine Einwilligungserklärung erforderlich ist. Unsere Datenschutzrichtlinien finden Sie unter www.afd.de/datenschutz-mitglieder. Auf Anfrage erhalten Sie ein gedrucktes Exemplar.

Stand: 19.06.2022 (*freiwillige Angabe)

- Dieses Formular als PDF-Datei sowie unsere anderen Formulare finden Sie unter www.afd.de/aufnahme -